

Oberbürgermeister Starke: Maximaldistanz zum Mindestlohn?

Noch am 1. Mai bei der Kundgebung der Gewerkschaften unterschrieb Oberbürgermeister Starke das DGB-Volksbegehren zur Einführung eines Mindestlohns in Bayern unter dem Beifall der gesamten Versammlung. Aber dort, wo er selbst die Umsetzung von Mindestlöhnen in die Hand nehmen könnte, scheut er das Thema wie der Teufel das Weihwasser.

Die GAL hatte bereits im November 2007 folgenden Antrag gestellt: Die Stadt Bamberg sollte sich und ihre Tochterunternehmen (also von Konzerthalle über Stadtbusse bis hin zu Krankenhäusern) selbst verpflichten, Mindestlöhne zu zahlen und dies auch bei beauftragten Leiharbeitsfirmen einfordern. Ein halbes Jahr hörte die GAL nichts aus der Stadtverwaltung, obwohl laut OB ein Antrag innerhalb von drei Monaten bearbeitet werden soll. Ob Oberbürgermeister Starke hoffte, die GAL könnte das Thema einfach vergessen? Das tat die GAL natürlich nicht, sondern mahnte den Antrag an.

In Juni 2008 kam dann endlich eine ausführliche und mit „vertraulich“ gekennzeichnete Antwort aus dem Rathaus, die auch allen anderen Stadtratsfraktionen zugestellt wurde. Diese Aufgabe konnte Starke

glücklicherweise gerade noch an Personalreferent Hipelius delegieren, der zu dieser Zeit noch ein paar Tage lang dieses Amt ausübte. Danach wäre der Oberbürgermeister selbst zuständig gewesen.

In dem Antwortschreiben wird eingeräumt, dass in der Konzerthalle Aushilfskräfte für 6 Euro bis 8,50 Euro arbeiten, was aber in der Bamberger Gastronomie nicht das unterste Level sei. Bei der Sozialstiftung wurde davon gesprochen, dass bei einer Mindestlohngarantie über 8 Euro Kostensteigerungen von einem mittleren 6-stelligen Eurobetrag zu erwarten sei. Auf die Löhne von LeiharbeiterInnen in städtischen Unternehmen geht das Schreiben nicht näher ein, und deutlich wird darauf verwiesen, dass die Stadt laut Gemeindeordnung zur Sparsamkeit verpflichtet ist. Kurzum: Man win-

det sich, bezeichnet das

Thema als eine „gesellschaftspolitisch sehr komplexe

Fragestellung“, lehnt Mindestlöhne in

Bamberg ab und sieht den Antrag der GAL als erledigt an.

Nein! erwiderte darauf die GAL-Stadtratsfraktion – der Antrag soll endlich im Stadtrat behandelt, diskutiert und abgestimmt werden. Darauf-

hin pochten Hipelius und Starke nochmals darauf, dass sie den Antrag für ausreichend beantwortet halten, und boten, wenn die GAL denn unbedingt wolle, eine Behandlung im Personalsenat an. Raffiniert, denn der Personalsenat tagt grundsätzlich nicht öffentlich. Doch die GAL kennt die Bayerische Gemeindeordnung, weiß also, dass Anträge von Stadtratsfraktionen in öffentlichen Sitzungen behandelt werden müssen (wenn keine Ausnahmeregelungen berührt werden), und forderte nun ihrerseits einen Tagesordnungspunkt Mindestlohn in der letzten Sitzung des

Stadtrats vor der Sommerpause.

99Z-Leser brauchen wahrscheinlich keine drei Mal, um zu erraten, was selbstredend an diesem Sitzungstag nicht auf der Tagesordnung stand – oh-

ne eine Begründung. Oberbürgermeister Starke und der Mindestlohn, ein bei näherem Hinsehen maximal distanzierteres Verhältnis. Aber die GAL bleibt dran – mindestens mit maximaler Hartnäckigkeit! sys



Photo: Erich Weiß

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt - GUTE WAHL!

SCHUH-LECHNER

...natürlich bequem!

Bei uns erhalten Sie

Bundgaard + Va Bene + Haferl + Think + Ganter + Loont's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)
Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof



Trickserei mit Zahlen

Die Arbeitslosenquote in Oberfranken ist nach wie vor die höchste in ganz Bayern

Wenn Ministerpräsident Beckstein die Leistungen der CSU-Regierung lobt, dann sollte man diese Lobeshymnen gleich dreimal hinterfragen.

Lobeshymne 1: Die Arbeitslosenquote in Oberfranken habe sich in den vergangenen drei Jahren halbiert. Sie liegt jetzt (Stand Juli 2008) bei 5% im Durchschnitt.

Zahlentrick: Natürlich ist dies ein Erfolg, aber in Anbetracht der Tatsache, dass Oberfranken innerhalb der Bayernfamilie nach wie vor das Stiefkind ist mit der nach wie vor höchsten Arbeitslosenquote, sollte der Jubel gedämpft sein. In Schwaben, Niederbayern und Oberbayern beträgt sie eben nur 3,4%.

Lobeshymne 2: Bayern habe (Stand: Juli 2008) mit 3,8% die geringste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland.

Zahlentrick: Auch dies ist selbstverständlich eine gute Nachricht, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotzdem nicht jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin auch vom Verdienten leben kann. Gerade in so genannten Boomregionen – wie zum Beispiel die Münchner Flughafenregion eine ist – liegen die so genannten „Aufstocker“ (siehe Kasten) über dem Landesdurchschnitt und sogar über den Werten der oberfränkischen Städte und Landkreise.

Lobeshymne 3: Der Chef der Regionaldirektion Bay-

ern der Bundesagentur für Arbeit spricht von „Vollbeschäftigungstendenzen“ für ganz Bayern – das ist durchaus erfreulich.

Zahlentrick: Weniger erfreulich ist es, dass bei seinen Prognosen eine Spannweite von 2,1% in Freising bis 6,2% in Hof vorkommt. Lapidar verkündet er, man müsse sich Hof „einmal genau anschauen“. Gerade in den letzten Jahren ist klar geworden, dass Oberfranken die Region mit der größten Strukturchwäche in Bayern ist und den Anschluss an die übrigen Regionen verloren hat. Um die Versäumnisse der letzten Jahre wett zu machen, genügt also keinesfalls ein „Hingucken“, sondern eine konsequente Wirtschaftsplanung, die dem Raum Oberfranken gerecht wird. us

„Aufstocker“ und „Abschmelzer“

Neue Filme? Neue Bands? Neue Szenetränke?

Fehlanzeige. Es handelt sich um reale Menschen, die jeder Mann und jede Frau von uns sein könnten. Es sind Menschen, die täglich arbeiten und Geld verdienen, deren Job (oder Jobs) aber so schlecht bezahlt sind, dass sie nicht davon leben können.

Ein „Abschmelzer“ zehrt deshalb seine vorher erarbeiteten Rücklagen auf und lebt sozusagen von der Substanz – solange die eben reicht.

Ein „Aufstocker“ hingegen erhält zusätzliche Mittel im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt für sich und seine Familie. Würde er seinen mickrig bezahlten Job nicht ausüben, wäre er berechtigt, die komplette Hilfe für sein Existenzminimum zu erhalten. Interessant ist übrigens, dass es mehr Aufstocker in Boomregionen mit geringer Arbeitslosigkeit gibt. Denn dort ist der Lebensunterhalt teurer, Hungerlöhne fallen in der Relation also noch armseliger aus. Arm trotz Arbeit – mitten im Wohlstand.



Sommeraktion:

T-Shirt-Druck

nur **9.90 €**

incl. T-Shirt und Farbkopie von Ihrer farbigen Vorlage (Größere Mengen auf Anfrage)

Brief aus Rathaus

GAL
Stadtratsfraktion

Betrifft: Super-Mega-Billig-OB

Bamberg, im September 2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Andi,

neulich hat das Rechnungsprüfungsamt eine Aufstellung der Kosten gemacht, die im Jahr 2006 für die beiden Oberbürgermeister ausgegeben wurden. Du weißt schon, in dem Jahr hat dein Vorgänger Herbert Lauer den OB-Sessel geräumt und du das Zepter in die Hand genommen. Was uns freut: Diese Aufstellung zeigt klar, dass wir mit dir eine echt preiswerte Nummer eingekauft haben, du bist ein richtiger Billig-OB – ein veritables Schnäppchen zum Mega-Super-Sparpreis also!

Die Feierlichkeiten zur Verabschiedung von Herrn Lauer beispielsweise haben fast dreimal so viel gekostet wie deine Fete zum Amtsantritt. Allein was dem seine Gäste an Häppchen verdrückt haben müssen ... ganz schön häppig. Und wahrscheinlich war der Abschiedsschmerz einfach so groß, dass dringend ein Trostpflaster zum Mitnehmen nötig war – in Form einer Hochglanzbroschüre über die Verdienste von „Herbert Lauer 1995–2006“. Ach, da fällt uns auf, dass die 99Z-Redaktion bei der Broschüre gar nicht mitschreiben durfte, dabei hätten wir schon Einiges dazu beitragen können. Hat man uns wohl vergessen, oder?

Genauso klasse finden wir natürlich, dass du für deine Feier zum 50. Geburtstag auch wieder nur ein Drittel von dem gebraucht hast, was der Herr Lauer für seine 60 Jahre ausgegeben hat, obwohl der ja nur 10 Jahre älter ist als du. Uns gefällt so eine Bescheidenheit. Deshalb: Weiter so!

Für die nächste größere Feier regen wir übrigens ein Mitbring-Bufferet an. Die GAL würde gerne einen grünen Bio-Salat (extra bissfest) beisteuern. Und vielleicht hat ja der Herr Lauer noch Reste von seinen großen Sausen bei sich in der Tiefkühltruhe und kann sie bei der Gelegenheit doch noch unter die Leute bringen. Frag ihn doch mal!

Mit schulterklopfenden Grüßen

Deine GAL Fraktion

Stirbt Oberfranken aus?

Jedes Jahr verschwindet in Oberfranken eine Kleinstadt

Weite Landschaften mit pittoresken Ruinen, Dörfer ohne Autoverkehr, Bänke mit alten Menschen in der Sonne, Spielplätze mit verrosteten Rutschen. Oberfranken in ein paar Jahrzehnten. Ein überzeichnetes Bild? Aber Prognosen besonders für die Grenzregionen legen so etwas nahe ...

Ein Blick in die oberfränkische Demografiestatistik lehrt uns das Gruseln. Jedes Jahr verschwindet auf der oberfränkischen Landkarte eine Kleinstadt in der Größenordnung von Scheßlitz. Natürlich verschwindet nicht die Kleinstadt selbst, sondern die Bevölkerung von Oberfranken nimmt Jahr für Jahr um etwa 4000 Menschen ab. Manche Regionen kommen mit einem blauen Auge davon und halten ihre Einwohnerzahl, dazu gehören die Regionen Bayreuth und Bamberg. Bis zum Jahr 2024 werden aber in den Regionen Coburg, Hof und Wunsiedel 6,1% weniger Menschen leben als heute.

Immer mehr wandern ab

Dass sich die Schere zwischen Boom- und Schrumpfreionen immer weiter auftut, beweist auch eine Studie des Lehrstuhls Regionalforschung der Universität Würzburg, die von der Grünen-Landtagsfraktion in Auftrag gegeben wurde. Die Abwanderung in die Metropolen nimmt zu, denn dort lebt sich's einfach besser. Die SZ fasste das so zusammen: „Wer das Glück hat, in einem der Ballungsräume geboren zu werden, lebt nicht nur länger, findet leichter einen Arbeitsplatz und einen Hortplatz für die Kinder,

er hat auch den schnelleren Internetanschluss und mehr Einkaufsmöglichkeiten, keine Probleme bei der Wahl des Arztes und sogar jüngere Nachbarn.“ Weite Teile Oberfrankens können das nicht von sich behaupten.

Verkehrsprojekte zur Entvölkerung

Manche sehen bis heute das Heil in einer vermeintlich besseren Verkehrsanbindung der Region, etwa durch die Fichtelgebirgsautobahn. Doch gerade die Region um Hof belegt, dass ein Automatismus zwischen Wirtschaftsförderung und Fernverkehrsanbindung ein Mythos ist. Nach der Wende wurde der Landkreis Hof zu einem europäischen Verkehrsknotenpunkt, gesegnet mit einer Anbindung über drei Autobahnen an Dresden, Regensburg und Nürnberg. Mit dem Regionalflughafen Hof-Plauen besteht schon lange eine direkte Verbindung nach Frankfurt am Main. Doch strukturell ist die Region in Bayern dennoch weit abgeschlagen.

Verschiedene Studien zeigen, dass Arbeitslosenquoten nicht zwingend mit der Zahl von Autobahnauffahrten zusammenhängen. Das Gegenteil kann der Fall sein. Die Gefahr, dass

man nur als Durchfahrtsregion missbraucht wird, ist weit größer. Schnelle Wege erleichtern die Mitversorgung einer Region durch überregionale Großbetriebe und bedrängen so die regionalen Unternehmen. Wer profitiert, ist nicht die Wirtschaftskraft vor Ort, sondern die der benachbarten Ballungsräume. An die Segenswirkungen einer ICE-Trasse ohne Stopp in Bamberg, Lichtenfels und Coburg kann daher nur glauben, wer allein die großen Metropolen im Auge hat.

Mit den Schulen sterben die Perspektiven

Die Staatsregierung nutzt den demografischen Trend in erster Linie, um Gelder einzusparen. In Bayern wurde seit 2004 ein Drittel aller Hauptschulstandorte komplett geschlossen, d.h. in den betroffenen Gemeinden gibt es seither überhaupt keine Hauptschule mehr. Oberfranken belegte dabei mit 50 aufgelösten Hauptschulstandorten den zweiten Platz in Bayern. So werden die betroffenen Gemeinden und Regionen aufgegeben. Die schwindende Schülerzahl in Oberfranken konzentriert sich auf immer weniger Schulstandorte, die Folge ist ein kostspieliger und klimaschädlicher „Schülerfahrwettbewerb“. Um diesem Trend zu begegnen, plädieren die Grünen für kleine, selbständige Schulen, die möglichst in der Region ver-

netz wirken sollen. Südtirol hat dies erfolgreich vorgemacht.

Angst vor dem Verlust – Angst vor dem Fremden

Es scheint absurd zu sein: Fremdenangst und Ablehnung sind dort am größten, wo die wenigsten Menschen aus anderen Regionen und Ländern leben. Studien belegen: Hinter fremdenfeindlichen Einstellungen verbergen sich oft Ängste vor der eigenen Zukunft. Es ist weniger der Hass gegen MigrantenInnen, der Rechtsradikalismus fördert, es ist eher die Angst, selbst aus der Heimat vertrieben zu werden. Und dennoch brauchen gerade schrumpfende Regionen Zuwanderung. Es ist also auch eine Strategie gegen Rechts, wenn Menschen wieder Zukunftsperspektiven finden. Nur dann können sie Fremde integrieren.

Wie macht man das? Indem die Politik Mut zeigt und in scheinbar verlorenen Regionen massiv investiert, anstatt immer auf die bestehenden Boomregionen zu setzen und von den anderen halt mehr Flexibilität einzufordern. Sonst gilt: Wer weg kann, geht weg. Wer da bleiben muss, verteidigt die Heimat gegen das Fremde.

Veränderungen akzeptieren und gegensteuern

Wir müssen überlegen, was eine Region braucht, die vom demografischen Wandel überrollt

wird. Zwei Strategien zugleich gilt es zu verfolgen: Anpassen und Gegensteuern. Wir müssen ebenso unvermeidliche Realitäten akzeptieren wie wir gegen allzu große Bevölkerungsverluste ankämpfen müssen.

Wir brauchen weiterhin attraktive Angebote, die sich durchaus rechnen: eine wohnortnahe, dezentrale Versorgung – vom Arzt über den Lebensmittelladen bis zur Schule – gehören zur soziokulturel-

len Grundversorgung. Der Mittelstand muss gefördert werden, statt auf ferne Technologiecluster und Hightechzentren – Lieblingsbabys der Staatsregierung – zu setzen.

In Oberfranken gilt es die kulturwirtschaftlichen Potenziale zu bündeln und eine selbstbewusste Standortpolitik zu betreiben, die sich ökologisch und energieeffizient der Zukunft stellt.

us

**Die Möwe von Utopia Velo:
Bequemer Alltagsluxus.**



utopia velo

Utopia Velo baut seit 25 Jahren individuelle Räder höchster Qualität. Die Rahmen entstehen in Handarbeit und vereinen höchste Tragfähigkeit mit maximalem Fahrkomfort. Zudem ist Utopia der erste und einzige Hersteller von Reise- und Trekking-Rädern, der alle Modelle mit dem Sicherheitszeichen velotech.de-GS auszeichnen darf.

Die Möwe ist ein Stadt- und Tourenrad mit tiefem Einstieg. Aufrecht oder leicht geneigt sitzend kann man den guten Geradeauslauf des besonders langen Rahmens genießen. Die Ausstattung der Möwe bestimmen allein Sie: Utopia baut traditionell Ihr Traumrad auf Bestellung. Unser Testrad wartet auf eine ausführliche Probefahrt, gerne auch übers Wochenende!



radladen
Bamberg

Merkusstraße 12 | 0951 - 57853
NEU: Werkstatt 0951 - 40 88 717
www.rادلaden-bamberg.de

Neu für Bamberg: MiFaZ

Zum eigenen Auto gibt es jetzt eine neue Alternative für Leute aus der Region Bamberg. Die Mitfahrzentrale MiFaZ. Auf Antrag der GAL schlossen sich Stadt und Landkreis der Organisation an, die bereits 371 Partner, vor allem in Bayern, aber auch in Hessen und Baden-Württemberg hat.

Schwerpunkt der MiFaZ ist der Pendlerverkehr, d.h. alle Menschen die regelmäßig kürzere Strecken fahren, finden

hier Fahrgemeinschaften – und können damit Geld sparen, die Umwelt schonen und Schadstoffe reduzieren. Auch für einmalige längere Fahrstrecken ist die MiFaZ eine geeignete Kontaktplattform.

Die Nutzung des MiFaZ-Angebots ist kostenfrei. Die Kostenbeteiligung zwischen FahrerInnen und MitfahrerInnen regeln diese unabhängig von der MiFaZ.

Mehr: www.mifaz.de

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76

Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

MUSSÄROL
Bamberger Kräutergärtnerin

**Gewürz- und Teekräuter
Duft- und Aromapflanzen
Jetzt: Sonnengereifte Bio-Tomaten!**

Direktverkauf ab Gärtnerin: April - Oktober
Mi: 14.00 Uhr - 18.00 Uhr
Fr: 10.00 Uhr - 18.00 Uhr
Sa: 9.00 Uhr - 14.00 Uhr

Kräuter- und Gärtnerstadtführungen
Nürnberger Str. 86, 96050 Bamberg
Fon: 0951-22023, www.biokraeuter.info

Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau



Der Fahrradparkplatz am Bahnhof war eine der Stationen bei der verkehrspolitischen Radtour von GAL, ADFC, VCD und BN
Photo: petzo

Radeln zwischen Kotflügel und Bordsteinkante

Zu einer verkehrspolitischen Fahrradtour hatten GAL, Allgemeiner Deutscher Fahrradclub ADFC, Verkehrsclub Deutschland VCD und Bund Naturschutz BN eingeladen. Ziel war es, für RadlerInnen neuralgische und gefährliche Stellen im Stadtgebiet aufzuspüren und Verbesserungsvorschläge zu finden. Daraus hat die GAL nun ein Antragspaket gemacht, um über den Stadtrat etwas zu

erreichen. Näheres unter: www.gal.bamberg.de

Die Stationen bei der Radtour lagen vor allem in der Innenstadt: Darunter der Bahnhofsvorplatz mit seinen derzeit chaotischen und unsicheren Fahrradabstellanlagen (siehe Foto), die Zollnerunterführung und Verbesserungsvorschläge zu finden. Daraus hat die GAL nun ein Antragspaket gemacht, um über den Stadtrat etwas zu

Fahrradroute durch die Gärtnerstadt, die noch immer nicht für den Radverkehr freigegebenen Einbahnstraßen Vorderer Graben und Erlichstraße.

Aufgrund der positiven Resonanz und der vielen Hinweise aus der Bevölkerung wird es demnächst eine zweite verkehrspolitische Radtour geben: Dann ist Bamberg-Ost an der Reihe.

sys

GEORG LUNZ
Malermeister & Baubiologe
Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen

**Ökologische Farben, Putze &
Dämmstoffe aus einer Hand**

Geisfelder Straße 8 * 96123 Litzendorf
Tel: 09505/6173 * Fax: 09505/95 01 33

Zeit wird's: Mehr grüne Frauen-Power für Oberfranken

Zwei Frauen bewerben sich für die Bamberger Grünen um die Erststimmen bei Landtags- und Bezirkstagswahlen. Zwei Frauen, die in der Bamberger Politik seit langem bekannt sind. Ulrike Heucken ist Stadträtin und Bezirksrätin, sie engagiert sich im Vorstand des Bürgervereins 4. Distrikt und organisiert alljährlich federführend die Sandkerwa. Ursula Sowa hat gerade ihre dritte Stadtratsperiode begonnen, war drei Jahre lang im Bundestag und gilt als Galionsfigur der Bamberger Grünen.

Die 99Z sprach mit beiden über Motivation und Ziele ihrer Kandidatur.

99Z: Wie kommt man eigentlich darauf, für den Bezirkstag zu kandidieren, den sowieso kaum einer kennt?

Ulrike Heucken: Über den wusste ich bis vor einigen Jahren auch nicht viel. Bei der letzten Wahl bin ich aufgrund der vielen Stimmen auf der Liste nach vorne gewählt worden und bin dann 2006 in dieses Gremium nachgerückt. Mittlerweile bin ich da – ja, angekommen, kann man sagen. Aber es ist für eine Einzelkämpferin nicht gerade leicht. Da gibt es jede Menge neuer Themen, von denen ich vorher noch nix wusste, wie zum Beispiel die „Fertilitätsuntersuchungen bei Salmoniden“.

99Z: Was um Himmels willen ist das denn?

Ulrike Heucken: Das ist eine Forschungsstudie, die die Fruchtbarkeit von Lachsfischarten untersucht, die es in oberfränkischen Gewässern gibt.

99Z: Aha, man lernt nie aus. Apropos Einzelkämpferin. Kann man als einzige Grüne unter 16 anderen Bezirksräten denn überhaupt etwas durchbringen?

Ulrike Heucken: Na, manchmal geht die Politik ja verschlungene Wege ..., die will ich hier gar nicht nennen. Der „unverschämte“ Wagner-Antrag (ich wollte, gleiches Recht für alle, dass Herr Wagner seinen Geschäftsbericht für die Wagner-Festspiele in Bayreuth vorlegt und ansonsten eine Haushaltsperre für den Zuschuss ausgesprochen wird), sorgte für ziem-

„Die Bildungssituation in Bayern ist so desaströs, wir brauchen mehr Lehrer und Schulsozialarbeiter.“ Ursula Sowa

lichen Wirbel. Die „Etablierten“ hätten sich so etwas Freches nicht getraut, aber hinter vorgehaltener Hand habe ich von vielen KollegInnen grinsende Zustimmung geerntet.

99Z: Ursula Sowa, was bringt Sie dazu, nach Stadtrat und Bundestag nun die dritte politische Ebene auszuprobieren – den Landtag?

Ursula Sowa: Ich hätte gerne im Bundestag weiter gemacht, habe dieses Ziel aber knapp verpasst. Für meine Schwerpunkte ist der Landtag aber ohnehin inzwischen die richtige Adresse. Für Bau- und Kulturpolitik sind nach der Förderalismusreform die Länder zuständig. Insofern passt der Wechsel



Ursula Sowa und Ulrike Heucken

Photo: Kopfwerk

der Politikebenen auch zu meinen Inhalten.

99Z: Und natürlich ist es nach München nicht ganz so weit wie nach Berlin, oder?

Ursula Sowa: Das stimmt. Als ich nach Berlin ging, habe ich mein Stadtratsmandat aufgegeben, weil ich das nicht mehr verantwortungsvoll unter einen Hut gebracht hätte. Die Landtagsarbeit lässt mir die Möglichkeit offen, auch in Bamberg weiter Kommunalpolitik zu machen – ich denke, das kann sich sehr befuchten. Ich kann viel öfter in Bamberg sein und arbeiten, denn Bürgernähe ist mir sehr wichtig. Ich will ein grünes Bürgerbüro mitten in der Stadt eröffnen, um gut erreichbar zu sein. Ich will Raum für Diskussionen schaffen und für Bürgeranliegen im persönlichen Gespräch da sein.

99Z: Bürgerbüro klingt gut,

aber welche Politik würde denn dann von diesem Bürgerbüro ausgehen?

Ursula Sowa: Wir Grüne werden ganz gezielt daran arbeiten Oberfranken und die Bamberger Region voranbringen. Mir schwebt eine Art „Landkarte der Zukunftsprojekte 2020“ vor: Zukunftsprojekte müssen definiert und umgesetzt werden, um die Strukturschwächen auszugleichen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind dringend einzufordern.

Ulrike Heucken: Hier müssten wir die regionalen Kräfte auf allen Ebenen – und über Parteigrenzen hinweg – bündeln, um uns Gehör und Aufmerksamkeit zu verschaffen.

99Z: Was konkret sind denn dann die Ziele? Nur einige Beispiele, bitte.

Ulrike Heucken: Für mich stehen die Verwaltung und die Politiker im Dienst der BürgerInnen. Doch viel zu häufig werden Verwaltungsvorschriften dazu benutzt, um Leistungen zu kürzen und Geld zu sparen. Da wird etwa Menschen, die im Alter auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, ein Einbettzimmer im Heim verwehrt, weil ein Zweibettzimmer billiger ist und der Bezirk somit Ausgaben reduziert. Ich finde, da muss die Gesellschaft solidarischer sein und für einen würdevollen Lebensabend aufkommen. In den Einrichtungen des Bezirks – also Heime und Kliniken – hätte ich gerne, dass die Küchen einen Anteil von 50 Prozent an Bio- und/oder regionalen Lebensmitteln verwenden.

Ursula Sowa: Zwei wichtige Themen will ich nennen: Das Ganztagschulangebot muss erhöht werden, die Bildungssituation in Bayern ist so desaströs, wir brauchen mehr Lehrer und Lehrerinnen, aber auch mehr Schulsozialarbeiter, das ist jedem klar. Die Stadt- und Raumentwicklung so ökologisch und energieeffizient wie möglich in der Bayerischen Bauordnung zu verankern, wäre mein zweites Ziel.

99Z: Und wo wollen Sie das Geld dafür einsparen?

Ursula Sowa: Hier auch nur einige Beispiele: keinen weiteren Ausbau des Flughafens München, konsequente Energiesparpolitik bei öffentlichen Gebäuden, die eingesparten Transrapidmillionen. Oder

Bezirkstag – Das unbekannte Wesen

Wir sollen den Bezirkstag wählen, aber was macht der eigentlich?

Fast 90 % seines Verwaltungshaushaltes gibt der Bezirk für die Versorgung von Pflegebedürftigen und Menschen mit geistiger, körperlicher oder seelischer Behinderung aus. Er gewährt Hilfe, wenn Menschen infolge von Krankheit oder Behinderung nicht ohne Betreuung und Pflege leben können. Zum Beispiel finanziert der Bezirk betreute Wohnformen, Ferienbetreuungen für Kinder mit Behinderung, Hilfen zur Schulausbildung. Er ist Träger stationärer Einrichtungen für Psychiatrie, Neurologie und Suchtkrankheiten.

Aufgabe des Bezirks ist der Unterhalt und Ausbau der Gewässer zweiter Ordnung in Oberfranken. Er ist Träger und Projektpartner von Naturschutzprojekten, z. B. des LIFE-Natur Projektes zum Schutz der Flussperlmuschel und der Bachmuschel. In der Wasserwirtschaft wirkt der Bezirk bei der Umsetzung von EU-Richtlinien mit, übernimmt Aufgaben der Hochwasservorsorge und bietet Fachberatung in Fischerei an. Kulturveranstaltungen wie etwa der Fränkische Theatersommer oder Rock in Oberfranken (R.I.O.) erhalten Zuschüsse ebenso wie andere kulturelle Einrichtungen. Außerdem ist der Bezirk auch für die Pflege von Heimat und Denkmälern in Oberfranken zuständig und ist im Bereich Landwirtschaft (Lehre) aktiv.

Der Bezirk finanziert sich aus der Bezirksumlage, die von allen Städten, Gemeinden und Landkreisen gezahlt werden muss, außerdem aus dem Finanzausgleich des Freistaats Bayern. Neben dem gewählten Bezirkstag gibt es die Bezirksverwaltung, die unter der Leitung des Bezirkstagspräsidenten steht. Sitz ist in Bayreuth. Der Bezirkstag setzt sich aus 17 Mitgliedern zusammen (10 CSU, 5 SPD, 1 Grüne, 1 Freie Wähler).

In der Politik spielt der Bezirk bisher keine nennenswerte Rolle, was mit der München-Hörigkeit der CSU-PolitikerInnen in Bayern zu tun hat. Sehr wohl könnte man in Oberfranken den Bezirk als politisches Gegengewicht und Sprachrohr in Richtung München ausbauen – mit anderen Mehrheitsverhältnissen.

wenn der Freistaat Bayern einfach nur konsequent Steuerhinterziehung verfolgen würde, würde das mehrere 100 Mio Euro in die Kassen spülen.

99Z: Was sind ihre Programmpunkte konkret für Bamberg?

Ursula Sowa: Die auf 3500 Studierende angelegte Universi-

solche Zuschüsse sich nicht jährlich automatisch und ohne Diskussion steigern dürfen. Kleine Kulturträger würden sich nach solchen Vorzugsbedingungen die Finger lecken.

99Z: Na, da wird es aber gleich wieder heißen: Die Grünen sind gegen die Symphoniker.

„Da muss die Gesellschaft solidarischer sein und für einen würdevollen Lebensabend aufkommen.“ Ulrike Heucken

tät sollte ausgebaut werden, so dass sie dann auch tatsächlich die real bereits 9000 Studis gut ausbilden kann. Und ich möchte, dass Bamberg eine Perspektive für die US-Armeeflächen bekommt, wenn die Army in ein paar Jahren abziehen wird. Wir brauchen einen besseren Nahverkehr in der Fläche – gerade auch im Bamberger Umland. Und ich möchte das Projekt „Nationalpark Steigerwald“ vorantreiben und so den Tourismus in der Region stärken.

Ulrike Heucken: Ich würde gerne kleine Kulturträger stärker fördern. Meine kritische Haltung hört bei den Wagner-Festspielen nicht auf. Ich werde fordern, dass die alten Verträge mit großen Kulturträgern auch in eine Budgetierung geführt werden. Es geht darum, dass

Ursula Sowa: Das sind wir ganz bestimmt nicht. Die Symphoniker sind für Bamberg lebenswichtig, wie eine Impactstudie beweist. Bamberg hat auch als Universitätsstandort seinen Schwerpunkt auf Geistes- und Kulturwissenschaften. Für das Wirtschaftsleben ist Kultur in alle ihren Ausprägungen eine wichtige Säule, die gepflegt werden muss.

Ulrike Heucken: Deshalb sind Kulturförderlinien für Oberfranken ein wichtiges Ziel – ähnlich wie sie auf Antrag der GAL gerade für Bamberg erarbeitet werden. Woran man wieder sehen kann, wie sehr die politischen Ebenen ineinander greifen.

99Z: Ein schönes Schlusswort. Danke für das Gespräch. sys



FUNDSACHE IM LANDTAGSWAHLKAMPF Menschen in Not?

Die CSU Bayern hat zwar schon angekündigt, dass ihr Wahlkampf-Etat für die Landtagswahl 11 Mio Euro umfasst. Doch im Juni 2008 „kam“ MdL Melanie Huml (CSU) „nicht umhin“, Menschen in Bamberg brieflich um weitere finanzielle Unterstützung für die CSU zu bitten. Denn der CSU drohe große Gefahr und Unbill von niederträchtigen Kräften, so Huml in ihrem Schreiben, das auch auf dem Tisch der 99Z-Redaktion landete: „Die Oppositionsparteien versuchen nun in einer verhängnisvollen Vierer-Allianz (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, FDP) diese Erfolgsgeschichte zu beenden. Der einzige Inhalt dieses Bündnisses: Alle gegen die CSU.“

Was muss die CSU bloß für einen Bammel haben! ... Da hilft nur: Wählen gehen! CSU desensibilisieren! Auch „50 % minus x“ ist eine wertvolle Erfahrung! Und die 99Z sichert zu: Nach der Wahl verschicken wir Bettelbriefe – zur Finanzierung einer Trauma-Therapie für die gesamte CSU. Versprochen!

Petra Friedrich

Buger Str. 78
96049 Bamberg

Bauzeichnungen und Denkmalpflege

Rat & Tat für Privat - vor Sanierung und Kauf

E-mail baupet@bnv-bamberg.de
Telefon 0951-20 34 99

Wen wählen? – Natürlich nur grün!

Die 99Z stellt die sieben Kandidatinnen und Kandidaten aus Bamberg und Umgebung vor.

Bezirkstag

Ulrike Heucken
Direktkandidatin Stimmkreis 402 Bamberg-Stadt
Listenplatz 1



Ulrike Heucken ist bereits seit 2006 Mitglied im Bezirkstag Oberfranken und hat sich dort inzwischen einen Namen gemacht. Den hat sie in Bamberg schon lange, denn als Geschäftsführerin der Sandkerwa GmbH, als stellvertretende Vorsitzende des Bürgervereins Sand und als GAL-Stadträtin ist sie vielen bekannt. Nach ihrer ersten Wahl 2002 hat sie gerade ihre zweite Stadtratsperiode angetreten – sie vertritt die GAL als personalpolitische Sprecherin, als Stiftungsrätin für die Sozialstiftung und in einigen weiteren Aufsichtsgremien. Die 45-jährige Allrounderin ist gelernte Arzthelferin, hat einige Semester Sozialpädagogik studiert und war Pionierin als Inhaberin eines Bioladens. Ulrike Heucken hat zusammen mit ihren zehn und 23 Jahre alten Töchtern sowie ihren Brüdern und deren Familien ein Wohnprojekt „Großfamilie“ in die Tat umgesetzt – natürlich in der Sandstraße.

Verena Schreiber
Direktkandidatin Stimmkreis 401 Bamberg-Land
Listenplatz 5



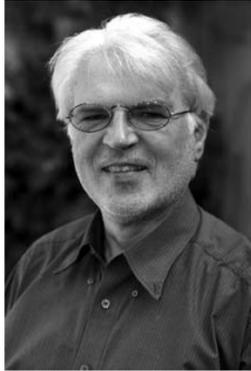
Verena Schreiber ist gebürtige Bambergerin und in Weismain aufgewachsen. In Bischberg, wo die 44-Jährige seit 1990 lebt, war sie neun Jahre lang für die Grünen im Gemeinderat. Dort engagiert sie sich auch ehrenamtlich in der Pfarrgemeinde und ist Mitveranstalterin des Weltgebetstags der Frauen. Außerdem ist sie Mitglied beim Bund Naturschutz. Die verheiratete Mutter von zwei Töchtern hat als Sozialpädagogin mit verhaltensauffälligen Kindern und hörgeschädigten Erwachsenen gearbeitet. Danach studierte sie Lehramt an beruflichen Schulen und arbeitet derzeit als Lehrerin an der Berufsfachschule für Altenpflege und Altenpflegehilfe in Hofheim. Ihr politischer Schwerpunkt sind soziale Themen. Weil ihr der Umgang unserer Gesellschaft mit Alter und Behinderung am Herzen liegt, kandidiert sie für den Bezirkstag, der hier viele Zuständigkeiten trägt.

Ralph Wnendt
Listenplatz 6



Ralph Wnendt stammt aus Neuendettelsau und lebt seit seinem Psychologie-Studium in Bamberg. Er ist verheiratet und hat zwei Söhne. Vor zehn Jahren gründete er die Mobile Betreuung Bamberg (MoBam), die mit heute 30 MitarbeiterInnen im Bereich der Jugendhilfe als selbstständiger Träger tätig ist und von ihm geleitet wird. MoBam bietet Familienhilfen, Erziehungsbeistandschaften und betreutes Wohnen bis hin zu Elterntrainings und Antilagen Kindern und hörgeschädigten Erwachsenen an. Darüber hinaus arbeitet der 42-Jährige bei verschiedenen Stadtteilarbeitskreisen mit, ist aktiv beim AK Sucht und Gewalt und beim psychosozialen Arbeitskreis (PSAK). An der Universität hält er Veranstaltungen zum Thema Kindeswohl und Jugendhilfe. Aus diesem Engagement ergibt sich auch Ralph Wnendts politischer Schwerpunkt: Die präventive Arbeit mit Jugendlichen.

Gerhard Olesch
Listenplatz 16



Gerhard Olesch ist 54 Jahre alt, in Bremen aufgewachsen, lebt heute in Königfeld und hat einen Sohn. Er studierte Schulmusik und Englisch in Hannover und Musikwissenschaft in Göttingen. Nach einer zweijährigen Lehrtätigkeit in den USA war er 1989 der Gründungsleiter der Kreismusikschule Bamberg. Heute arbeitet er als Gymnasiallehrer in Bamberg (Franz-Ludwig-Gymnasium) und in Hof. Auch ehrenamtlich widmet er sich den schönen Klängen: Er ist seit 1990 der künstlerische Leiter der Rosengarten-Serenaden in Bamberg, seit 2000 im Regioalausschuss des Wettbewerbes „Jugend musiziert“. Er übernimmt die künstlerische Leitung von Bamberger Neujahrskonzerten und des Bamberger Kammerorchesters. Gerhard Olesch sieht in Kultur einen wichtigen Wirtschaftsfaktor und möchte Kultur und Tourismus sowie Kultur und Bildung stärker vereinen.

Landtag

Ursula Sowa
Direktkandidatin Stimmkreis 402 Bamberg-Stadt
Listenplatz 3



Wenn jemand mit Herzblut politisch engagiert ist, dann Ursula Sowa. Mit Baby im Arm (das Jüngste von drei Kindern) übernahm sie ihr erstes Stadtratsmandat 1990 und vertrat die GAL zwölf Jahre in dem Gremium. 2002 wurde sie in den Deutschen Bundestag gewählt, wo sie bis 2005 vor allem in den Bereichen Bauen und Kultur aktiv war. Zurück in Bamberg kehrte sie mit den Kommunalwahlen nun wieder in den Stadtrat zurück, wo sie baupolitische Sprecherin der GAL ist. Auf Landesebene hat sie den Grünen-Landesarbeitskreis LAK Kultur ins Leben gerufen und ist außerdem Mitglied im Parteirat der bayerischen Grünen. Die 51-Jährige wurde in Würzburg geboren und ist in Bamberg aufgewachsen. In Berlin studierte sie Architektur an der Kunstakademie und ist neben ihrem politischen Engagement als freischaffende Architektin tätig.
www.ursula-sowa.de

Andreas Lösche
Direktkandidat im Stimmkreis 401 Bamberg-Land
Listenplatz 8



Eine gerechtere Bildung, die die Schule im Dorf lässt, und eine Verkehrspolitik, die die Menschen wirklich miteinander verbindet. Das sind zwei zentrale Themen, für die sich Andreas Lösche im Landtag einsetzen möchte. Sein Einsatz als Jugendfußballtrainer macht dabei sein Eintreten für die junge Generation ebenso deutlich wie seine Mitgliedschaft beim Jugendblasorchester Oberhaid. Andreas Lösche ist 41 Jahre alt. Der gebürtige Nürnberger ist verheiratet und hat drei Kinder im Alter von vier, acht und zwölf Jahren. Seit seinem Germanistikstudium in Würzburg und Bamberg ist er selbstständig in der Musikbranche tätig. Ausgedehnte Konzertreisen führen ihn seither beruflich durch ganz Europa, Afrika und Asien. Er ist im Kreisvorstand der Grünen Bamberg-Land. Die Idee eines Nationalparks Steigerwald ist ihm eine Herzensangelegenheit.
www.andreas-loesche.com

Dorothea Schoppek
Listenplatz 11



Dorothea Schoppek ist eine ebenso junge wie engagierte Politikerin. Die 21-jährige gebürtige Bambergerin legte vor zwei Jahren ihr Abitur ab, kam danach als Praktikantin zu den Grünen und wurde kurz darauf als Kreisgeschäftsführerin für das GAL-Büro am Unteren Kaulberg 22 übernommen. Außerdem ist sie bei der Grünen Hochschulgruppe GHG aktiv, hat eine Jugendkampagne und den GAL-Blog mitinitiiert, setzt sich gegen aufkeimenden Rechtsextremismus ein und für mehr politische Beteiligung von Jugendlichen. Seit 2007 studiert sie an der Bamberger Universität Politikwissenschaft und Philosophie.
Photos: Kopfwerk

Landtags- und Bezirkstagswahl
28. September 2008
www.gal.bamberg.de
www.gruene-bayern.de

Wie wählen? Erst- und Zweitstimme sind gleichermaßen wichtig!

Warum werben die Parteien eigentlich immer damit, dass man sie bei Landtags- und Bezirkstagswahlen mit zwei Stimmen wählen soll? Der Grund: Bei den bayerischen Wahlen werden alle Erst- und Zweitstimmen zusammengezählt, um die Verteilung der Parlamentssitze auf die Parteien zu ermitteln. (Anders als bei der Bundestagswahl, wo darüber nur die Zweitstimme entscheidet.)

Grün wählen bedeutet also: Mit beiden Stimmen Grün wählen.
Empfehlung der 99Z: Zweimal grün.

Wer's genauer wissen will, hier eine Erklärung des bayerischen Wahlsystems:

Bayern ist in sieben **Wahlkreise** aufgeteilt – entsprechend den Regierungsbezirken. In den

Wahlkreisen (bei uns Oberfranken) gibt es neun **Stimmkreise**: Bamberg gehört mit den Umlandgemeinden Bischberg, Gundelsheim, Hallstadt, Oberhaid, Viereth-Trunstadt, Lisberg, Priesendorf, Stegaurach und Walsdorf zum Stimmkreis 402 Bamberg-Stadt.

Stimmkreis 402 Bamberg-Stadt

Stadtgebiet Bamberg, Bischberg, Gundelsheim, Hallstadt, Oberhaid, Viereth-Trunstadt, Lisberg, Priesendorf, Stegaurach und Walsdorf

Im Stimmkreis bewirbt sich von jeder Partei ein Direktkandidat bzw. eine Direktkandidatin um die **Erststimme** – für Bündnis 90/Die Grünen ist das Ursula Sowa. Die Zweitstimme

hingegen geben die WählerInnen eine Liste, die im Wahlkreis Oberfranken aufgestellt wurde. Auf dieser Liste befinden sich KandidatInnen aus ganz Oberfranken: DirektkandidatInnen aus den anderen oberfränkischen Stimmkreisen, z.B. der Direktkandidat aus unserem Nachbarstimmkreis 401 Bamberg-Land, Andreas Lösche auf Platz 8, und weitere **ListenkandidatInnen**. Aus Bamberg ist das noch Dorothea Schoppek auf Platz 11. Insgesamt sind 17 KandidatInnen auf der Wahlkreisliste (auch bei den anderen Parteien), denn Oberfranken erhält im Landtag 17 Mandate.

Für den **Bezirkstag** läuft das fast gleich: Es gibt ebenfalls 17 KandidatInnen auf der Liste, weil es 17 Bezirksräte im oberfränkischen Bezirkstag gibt.

Auch die Stimmkreise sind gleich – und ebenso das Auszählverfahren für die Wählerstimmen. Grüne Direktkandidatin aus Bamberg-Stadt ist Ulrike Heucken, auf der Liste stehen Verena Schreiber (Platz 5 und Direktkandidatin aus Bamberg-Land), Ralph Wnendt (Platz 6) und Gerhard Olesch (Platz 16).

Wie viele Mandate eine Partei aus Oberfranken im Landtag oder Bezirkstag bekommt, errechnet sich aus der **Summe der Erst- und Zweitstimmen** bzw. danach, wie viele Prozent diese in Bezug auf alle Wählerstimmen ausmacht. Alle mit einfacher Mehrheit gewählten DirektkandidatInnen aus den Stimmkreisen bekommen auf jeden Fall ihr Mandat. Alle weiteren Mandate, die eventuell noch für die jeweilige Par-

tei auf den Wahlkreis entfallen, werden entsprechend der Wahlkreisliste von oben her verteilt.

Und hier gibt es eine zusätzliche Besonderheit im bayerischen Wahlsystem. Die von den Parteien vorgegebene Reihenfolge auf der Liste wird durch die Wähler verändert. In Bayern kann man nämlich kein „Listenkreuz“ machen, also einfach dem Listenvorschlag seine Stimme geben. Sondern man muss **eine Person auf der Liste wählen**, die dann auch die Stimme für sich verbucht. Meist werden zwar die KandidatInnen auf Platz 1 gewählt, einfach weil sie halt ganz oben stehen, aber informierte WählerInnen schauen sich die Listen genau an und machen ihr Kreuz durchaus auch weiter unten auf der Liste. Wenn die Listen ausgezählt werden, ergibt sich da-

raus eine neue Reihenfolge: Wer viele Stimmen bekommen hat (Erst- und Zweitstimme zusammen) kann auf diese Weise nach vorne rücken.

Das war im Jahr 2003 zum Beispiel bei Ulrike Heucken so, die mit vielen Erst- und Zweitstimmen von Platz 7 auf Platz 2 vorgewählt wurde und dann drei Jahre später in den Bezirkstag nachrückte. Diesmal könnte diese Regelung der Bamberger Grünen-Kandidatin Ursula Sowa für den Landtag nutzen. Sie steht auf Platz 3 der Oberfranken-Liste, hat aber gute Chancen, auf Platz 2 vorzurücken. Wenn der starke politische Rückenwind und die Wechselstimmung in Bayern dann noch dafür sorgen, dass diesmal zwei Grüne aus Oberfranken nach München ziehen, dann wäre „unsere Uschi“ dabei. sys

Demokratische Rechte in Bayern eingeschränkt



Mareike Reichl, Isabel Schmuck, Julian Kalks, Svenja Fluhrer von der GJ-Bamberg

Photo: GJ

Die Grüne Jugend Oberfranken setzte sich bei ihrer letzten Mitgliederversammlung mit dem neuen am 1. Oktober in Kraft tretenden Versammlungsrecht in Bayern auseinander.

Wir vertreten die Meinung, dass das neue Gesetz an vielen Stellen sehr ungenau formuliert ist, was viel Interpretationsspielraum lässt. Dadurch können Vorschriften zum Nachteil der VeranstalterInnen und der TeilnehmerInnen ausgelegt werden. Es können etwa ein-

heitliche Optik – ob Flaggen, Schilder oder Kleidung – gegen das neue Militanzverbot verstoßen, gerade wenn diese eventuell eine einschüchternde Wirkung haben könnten. Zusätzlich zu vielen anderen zweifelhaften Änderungen, können nun auch schon zwei Personen, welche sich laut in der Öffentlichkeit unterhalten, als Versammlung eingestiegen und stimmte – gegen die GAL – dem Kauf zu. Zur gleichen Zeit übrigens haben (aus Geldmangel) Stadtratsmehrheit und Oberbürgermeister die noch im Januar vollmundig angekündigte 1-Million-Investition in Klimaschutzmaßnahmen deutlich zusammengeschnürt und größtenteils auf die nächsten Jahre verschoben. Wo das Geld stattdessen hingewandert ist? Na, in die Mußstraße!

Oberbürgermeister ziehen könnte). Der Stadtrat wurde informiert, erst nachdem der Umzug bereits stattgefunden hatte. Und mit Umzug und Kaufoption hat der OB eine Investition von 1,7 Mio Euro so weit getrieben, dass der Stadtrat regelrecht überrumpelt war.

Die Stadtratsmehrheit hat sich's trotzdem gefallen lassen, ist auf das „starke“ Muskelspielchen eingestiegen und stimmte – gegen die GAL – dem Kauf zu. Zur gleichen Zeit übrigens haben (aus Geldmangel) Stadtratsmehrheit und Oberbürgermeister die noch im Januar vollmundig angekündigte 1-Million-Investition in Klimaschutzmaßnahmen deutlich zusammengeschnürt und größtenteils auf die nächsten Jahre verschoben. Wo das Geld stattdessen hingewandert ist? Na, in die Mußstraße!

Tricky Dani und ihre Spielhölle

Das Stadtratsmandat ist bekanntlich ein Ehrenamt – was eine gewisse Selbstlosigkeit impliziert – also den Willen, sich zum Wohle der Gemeinschaft einzusetzen und nicht im eigenen Interesse. Deshalb sieht die Bayerische Gemeindeordnung bei Entscheidungen nicht mitberaten und mitstimmen dür-

züglich geschlossener Räume. „Eine Ausweitung des Versammlungsrechts auf geschlossene Räume sehen wir sehr kritisch. Verfassungsrechtlich ist

dies mehr als bedenklich“, erklärt GJ-Oberfranken Sprecherin und GJ-Bamberg Beisitzerin Mareike Reichl. Wie weit dürfen unsere Freiheiten und Rechte eingeschränkt werden? Wie weit lassen wir sie uns von der schwarzen Macht einschränken?

Das neue Gesetz ist eine weitere Belastung für die Umsetzung der Meinungsfreiheit. Angeblich ein weiterer Schritt zu unserer Sicherheit, doch wie der amerikanische Schriftsteller und Politiker, Benjamin Franklin schon sagte: „Wer die Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“

Svenja Fluhrer (Sprecherin von GJ-Bamberg und GJ-Oberfranken)

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE

Austraße 27 • 96047 Bamberg
Tel. 0951/2 38 07

Zeit für eine schöne Tasse Tee

Teegießerei
am Pfahlplätzchen

April - September
Dienstag - Samstag 11 - 18 Uhr
Sonn- und Feiertags 14 - 18 Uhr

Oktober - März
Dienstag - Samstag 11 - 19 Uhr
Sonn- und Feiertags 14 - 18 Uhr

Pfahlplätzchen 2 / 96049 Bamberg / Tel: 0951 - 297 25 95 / www.teegieserei.de

Grüne Jugend will Partizipation leichter machen

Junges politisches Engagement wird einem schwer gemacht. „Politikverdrossenheit entgegenwirken“ hört mensch von allen Seiten. Aber dann können wir als Grüne Jugend einen Info-Stand oder eine Aktion nicht alleine anmelden, sondern brauchen vom Ordnungsamt aus eine volljährige Person, die ständig dabei ist. Wir haben aber eigene Inhalte und brauchen keine AufpasserInnen. Wir sind die Grüne Jugend Bamberg, und wir wollen politisch aktiv sein!

Allen noch so großen Zweifeln zum Trotz ist es mittlerweile neun Monate und mehrere Aktionen her, dass wir uns gegründet haben – und engagiert dabei sind wir immer noch. Auch wenn wir ein eher klei-

ner Ortsverband sind, vertreten wir unsere Meinung im Bezirks- und sogar im Landesvorstand selbstbewusst! Der Vorstand der Grünen Jugend Oberfranken wird zum Beispiel zu mehr als der Hälfte von der Grünen Jugend Bamberg gestellt.

Nur an der Volljährigkeit scheinen wir zu „scheitern“ – unser Altersdurchschnitt liegt bei ungefähr 15 Jahren. Aber wir werben fleißig, und was noch nicht ist, kann ja noch werden. Für die Zukunft planen wir auf jeden Fall vermehrt Aktionen, auch für den Landtagswahlkampf. Denn unserer Meinung nach braucht politisches Engagement kein Mindestalter.

Isabel Schmuck (Beisitzerin im Vorstand GJ Bamberg, Polit. Geschäftsführerin der GJ Oberfranken)

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung · Außenauflauf
96052 · Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

Kontakt zur Grünen Jugend:
gj.bamberg@googlemail.com

Die GJ Bamberg trifft sich jeden ersten Donnerstag im Monat um 16.15 Uhr im GAL-Büro am Unteren Kaulberg 22.

Ludwig Kestler

Solarthermie
Photovoltaik
Regenwassernutzung
Heizungsbau
Sanitär

Kundendienst Öl & Gas

Trattstr. 5 • 91362 Pretzfeld • Tel. (0 91 94) 4593
Fax (0 91 94) 79 55 18 • Mobil (01 71) 5 88 02 42

RATHAUSMA 99Z IN

Meldung nach Vollzug: Umweltamt aus Zentrale verbannt

Das war kein guter Abschiedsstil, den sich der Oberbürgermeister da vom scheidenden Stadtrat geleistet hat – und es war wenig vielversprechend für die künftige Stadtratsperiode. In der letzten Sitzung des „alten“ Bausenats stellte der OB die StadträtInnen vor vollendete Tatsachen. Wie die Bausenatsmitglieder offiziell erfuhren – wenn sie nicht vorher schon den Rathaus-Flurfunk gehört hatten – waren die MitarbeiterInnen des Umweltamts in ein neu angemietetes Haus in der Mußstraße 28 umgezogen. Der OB hatte – ohne mit dem Stadtrat Rücksprache zu halten – einen Mietvertrag unterschrieben, und diesen gleich noch um eine Kaufoption auf das gesamte Objekt erweitert. Für den Kauf brauchte er allerdings nun doch die Zustimmung des Stadtrat, denn immerhin handelte es sich um eine Ausgabe von mehr als 1,7 Mio Euro.

Somit wurde also das Umweltamt von der Rathauszentrale am Maxplatz in eine Außenstelle am Rande der Innenstadt verbannt (woraus man freilich einige Schlüsse über die Wertigkeit des Amtes beim

ziehen ihnen (oder einer von ihnen vertretenen Person) einen persönlichen Vorteil bringen könnten. Das gilt auch für Architekten, die an dem zu entscheidenden Bauvorhaben beteiligt sind. So wurde das im Bamberger Stadtrat auch immer gehandhabt – das war Ehrensache.

Aber das war vor „Tricky Dani“ – Daniela Reinfelder, neu gewählte CSU-Stadträtin, Bürgervereinsvorsitzende in Gaustadt und rührige Architektin. Aus ihrer Feder stammen die Pläne zur Erweiterung einer Spielothek in der Königsstraße, die im Juli als Bauantrag dem Bausenat vorlegt wurden. Und sie verhielt sich keineswegs passiv, als der umstrittene Tagesordnungspunkt (der bereits bei zwei Bausenatssitzungen vorher keine Mehrheit gefunden hatte) abgestimmt wurde, sondern erhob wie selbstverständlich für „ihr“ Projekt die Hand.

Zuvor hatte sie allerdings (durch einen Mitarbeiter der Stadtverwaltung!) die rechtliche Lage prüfen lassen. Und die war – formal – tatsächlich auf ihrer Seite. Als Architektin hatte sie laut Vertrag „nur“ den Auftrag zur Planerstellung, und dieser war mit Vorlage der Pläne, also zum Zeitpunkt der Abstimmung im Bausenat schon beendet. Deshalb, so die juristische Schlussfolgerung, könne

sie keinen Vorteil aus der Genehmigung mehr ziehen. Ganz schön tricky, oder?

Was „Tricky Dani“ bei der Bausenatssitzung natürlich nicht verraten hat, ist, welcher Architekt oder welche Architektin denn den Anschlussauftrag – nämlich zur Ausführung des Erweiterungsbaus – bekommt. Die 99Z-Redaktion ist da ganz schön gespannt ...

Hinterhält gefährdet demokratisches Verfahren zum Masterplan Innenstadt

Was macht man in festgefahrenen Situationen, in denen nichts mehr vorwärts geht, z. B. in der Bamberger Verkehrspolitik? Seit Jahren gibt es Stillstand, weil die Fronten verhärtet sind zwischen denen, die den Verkehr weitgehend aus der Innenstadt heraushalten wollen, und denen, die nach noch mehr Parkplätzen rufen. Die Stadt hat sich dazu etwas einfallen lassen: den Masterplan Innenstadt. Dieser Plan sollte von ausgewählten InteressenvertreterInnen und BürgerInnen der Stadt in einem moderierten Verfahren, begleitet von externen Profis, erarbeitet werden. Ziel war eine ausgewogene Zielsetzung für die Stadtplanung, die dem Stadtrat in den

vergangenen Jahrzehnten nur sehr unzureichend gelungen ist. Über mehrere Monate hinweg trafen sich regelmäßig 39 TeilnehmerInnen und diskutierten in Arbeitsgruppen die Ziele für die Innenstadt. Auf sieben Oberziele einigten sie sich und formulierten eine gemeinsame Konvention, die bei der Abschlussveranstaltung feierlich von allen unterzeichnet werden sollte.

Doch dann sorgte Stadtmaking-Geschäftsführer (und „Bamberger Realisten“-Stadtrat) Klaus Stieringer für einen Eklat. Stieringer, in der Vergangenheit einer der lautesten Rufer nach mehr Parkplätzen, ließ nach der Schlussabstimmung des Konventionstextes außerhalb der Versammlung einen Passus aufnehmen, in dem festgehalten werden sollte, dass eine Gruppe von Teilnehmern das Oberziel 7 („Den Motorisierten Individualverkehr deutlich beruhigen und reduzieren“) ablehnt. Dieses das gesamte Verfahren kompromittierende Vorgehen wurde – eher zufällig – durch einige andere Teilnehmer beim Gelesen entdeckt und konnte deshalb noch rückgängig gemacht werden. Offensichtlich waren die Vertreter des Gegenotums nicht in der Lage gewesen, im laufenden Verfahren ihren Standpunkt einzubringen, und wollten nun auf frag-

würdige Weise ihre Interessen einbringen und so die Mediationsergebnisse verfälschen.

Unterm Strich blieb, dass die Minderheit mit ihrer Forderung nach einer „Tiefgarage unter dem Schönleinsplatz“ als abweichende Meinung in der Konvention notiert ist, obwohl zuvor die überwiegende Mehrheit diese Maßnahme ausdrücklich nicht gewünscht hatte. Festzuhalten bleibt aber auch, dass ein Mitglied des Stadtrates ein demokratisches und vom Stadtrat beauftragtes Verfahren zu umgehen und damit zu diskreditieren versuchte.

Dennoch bieten die Ergebnisse des Mediationsverfahrens eine gute Grundlage für einen Neuanfang in der Bamberger Verkehrspolitik. Von dem geschilderten Zwischenfall abgesehen wurden Fronten überwunden und eher die Gemeinsamkeiten herausgearbeitet als die Gegensätze gepflegt. Es kommt jetzt darauf an, welche Umsetzungsschritte Stadtverwaltung und Stadtrat aus den Ergebnissen ableiten. Immerhin hat eine Mehrheit im Stadtrat hoffentlich erkannt, dass es diese Chancen zu nutzen gilt. In einer gemeinsamen Pressemitteilung von CSU, SPD und GAL bekennen diese sich zu den Zielen des Masterplans Innenstadt.

sys

Eine Chance für den Steigerwald

Die Diskussion um einen Nationalpark erhitzt die Gemüter. Und doch wird der Nationalpark wohl kommen.



Im Steigerwald

Photo: Bund Naturschutz

Machen Sie einmal einen Spaziergang im Böhlgrund nahe Zell am Ebersberg oder lassen Sie sich von einem Experten durch das Naturwaldreservat Brunnstube unweit von Ebrach führen. Vermutlich geht es Ihnen dann auch wie schon so vielen, die sich mittlerweile für die Idee eines Nationalparks Steigerwald begeistern und ein-

setzen. Denn hier gibt es für die Besucher etwas zu bestaunen, was man sonst in Deutschland kaum noch findet, einen Wald, wie er einst 80% der Fläche Deutschlands überzog.

Hier im Steigerwald gibt es ihn vereinzelt noch, den typischen fränkischen Urwald mit seinen bis zu 350 Jahre alten Buchen und anderen Laub-

bäumen wie Erlen und Eschen. Hier hat man auch wieder den Eremit gefunden, ein Käfer, der als Urwaldrelikt gilt. Fledermäuse und viele Spechtarten haben sich wieder angesiedelt, mit dem Halsbandschnäpper hat sich eine vom Aussterben bedrohte Vogelart niedergelassen, der Ruf des Käuzchens ist zu hören und im Mai quakt

turschutz bis zum Bamberger Landrat reicht. Ein Nationalpark wäre eine ideale Symbiose aus Naturschutz und Förderung einer strukturschwachen Region, sind sich die Befürworter sicher. Denn im Steigerwald schrumpft die Bevölkerung und die Schulen schließen, wie gerade erst in Rauhenebrach. Ein Gütesiegel Nationalpark könnte der Region neue Impulse geben, den Tourismus ankurbeln und damit Wirtschaftskraft in den Steigerwald bringen.

Und es profitiert die Natur, wenn wir endlich unserer Verpflichtung nachkommen dieses einmalige Naturerbe Buchenwald zu schützen. Spätestens seit der UN-Artenschutzkonferenz im Mai, wo sich Deutschland darauf festlegte bis 2020 mindestens 5% des Waldes aus der Nutzung zu nehmen, hat man diese Verantwortung erkannt. Nun gilt es sie umzusetzen. Und dies geht am leichtesten dort, wo der Wald sowieso schon dem Staat gehört. Dies ist im Steigerwald der Fall, denn die gesamte Fläche des angedachten Nationalparks ist Staatsforst. Wenn Deutschland sein 5%-Ziel binnen elf Jahren also wahr machen möchte, dann ist ein Nationalpark im Steigerwald nur folgerichtig.

der Laubfrosch sein Liebeslied. Hier tobt das pralle Leben, wie wir es aus den uns vertrauten Nutzwäldern längst nicht mehr kennen.

Freilich konnte sich eine derart beeindruckende Fauna nur dort wieder entwickeln, wo seit einigen Jahrzehnten die Natur ungestört wieder Natur sein darf, wo man den Wald wieder sich selbst überlässt, wo auch Totholz Lebensraum bietet und der Kreislauf des Lebens wieder halbwegs intakt ist.

Diese Vielfalt des Naturwaldes begeistert nicht nur die Naturschützer, sie bietet auch ein großes Potential für einen sanften Tourismus, wie dies etwa die Nationalparke Hainich und Bayerischer Wald eindrucksvoll beweisen. Dort nämlich weisen die Übernachtungszahlen der Hotels und Pensionen seit Jahren erstaunliche Wachstumsraten auf.

Und so entstand vor einigen Jahren schon die Idee eines Nationalparks Steigerwald, getragen von einer Allianz von Befürwortern, die vom Bund Na-

Trotzdem gibt es eine nicht geringe Zahl an Gegnern eines Nationalparks, deren Einwände durchaus ernst genommen werden müssen, denn nur mit den Menschen vor Ort hat die Nationalparkidee eine Chance. Diese Kritiker haben sich in dem Verein „Unser Steigerwald“ organisiert. Sie befürchten vor allem Nachteile für die Holznutzung durch die Bevölkerung vor Ort, obwohl noch nicht einmal 20% des Staatswaldes aus der Nutzung genommen würden. An einen Anstieg des Tourismus wollen die Gegner nicht glauben. Sie erwarten einen Schädlingsbefall wie etwa durch den Borkenkäfer, den es aber im Buchenwald gar nicht gibt. Die lokale Landwirtschaft sehen sie durch erhöhte Wildschäden bedroht, doch gerade Nationalparke werden

in ihren Randbereichen besonders intensiv bejagt. Längst hat die Debatte um einen Nationalpark die rationale Ebene verlassen, ein vernünftiges Gespräch ist zwischen Befürwortern und Gegnern kaum mehr möglich, viele vor Ort zeigen mit Transparenten ihre Ablehnung.

Eine Versachlichung der Diskussion ist dringend angeraten. Ein wichtiger Schritt dazu wäre eine fundierte Machbarkeitsstudie, die Pro und Contra gleichermaßen berücksichtigt. Die Staatsregierung in München aber sträubt sich gegen eine solche Studie. Dies wohl deshalb, weil sie weiß, welches Ergebnis dabei herauskäme. Die Grünen jedenfalls werden im Landtag auf eine Machbarkeitsstudie drängen.

Andreas Lösche,
Grüne KV Bamberg-Land

neigez

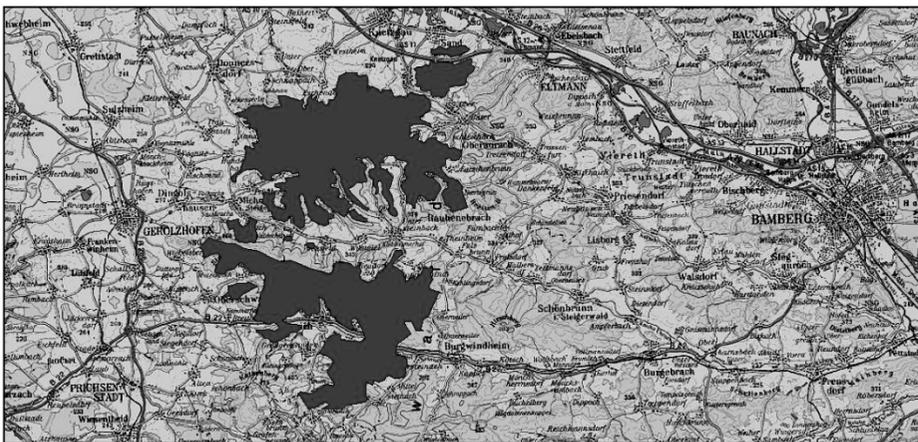
CSU umgekippt – SPD folgsam

Da spitzte das politische Bamberg die Ohren, als Anfang Mai zwischen den Fraktionen von CSU und GAL eine „Kooperationsvereinbarung“ geschlossen werden sollte. In den nächsten sechs Jahren plante man insgesamt 14 von der GAL vorgeschlagene Programmpunkte (von Klimaschutz bis zu Kultur) im Stadtrat gemeinsam auf den Weg zu bringen. Im Gegenzug dazu erklärte sich die GAL bereit, dem CSU-Aspiranten auf den zweiten Bürgermeisterposten, Werner Hipelius, eine sichere Mehrheit zu verschaffen.

CSU-Chef Müller hatte sich dazu offenbar genötigt gesehen, weil die sonst mit der CSU klügelnde SPD diesmal den CSU-Kandidaten nicht wählen wollte, ohne selbst einen Kandidaten durchzubringen – als (neuen) dritten Bürgermeister. Führende CSUler (Müller, Heller, Hipelius) hatten deshalb mit der GAL über Wochen verhandelt. Es sah so aus, also ob erstmals transparente Absprachen über politische Inhalte zustandekommen würden. Die GAL hätte dabei wichtige Punkte durchsetzen können.

Doch es kam anders. Obwohl die Kooperationsvereinbarung bereits – von beiden Seiten autorisiert – über Presse veröffentlicht und im Internet im Wortlaut zu lesen war, unterzeichnete die CSU dann doch nicht. Interne Machtkämpfe und persönliche Ränkespiele sind dahinter ebenso zu vermuten wie eine ausgesprochen mangelhafte Kommunikationskultur. Aber auch von einem in der CSU-Fraktion mächtig auf den Tisch hauenden OB Starke war gerücheweise zu hören.

Das Ergebnis jedenfalls war klar. Zwei Tage später distanzierte sich CSU-Chef Müller namens seiner Fraktion öffentlich von seiner eigenen Zusage zu einer Kooperation mit der GAL. Aber abgesehen von dieser unsagbaren Peinlichkeit war doch – unterm Strich – die CSU der Gewinner. Denn die SPD bekam angesichts einer möglichen schwarz-grünen Zusammenarbeit derart Muffe, dass sie von einem dritten Bürgermeister blitzartig abrückte und ohne weiteres Murren Hipelius ihre Stimmen gab. Eine gescheiterte Kooperation mit disziplinierendem Nebeneffekt also. Und mit der Lehre: Noch immer steht in Bamberg die Sachpolitik im mächtigen Schatten der Personalpolitik.



Gebiet des geplanten Naturparks Steigerwald

Natürliche Schönheit, mit natürlichen Mitteln.

Kosmetik
Milch, Obst, Käse, Wein, Pasta, Gemüse, Brot. Und mehr.

Pamina
Bio. Und genießen.
www.pamina-bio.de

Aus Liebe zu dir selbst.
Pamina - Ihr Bio-Fachhandel im Herzen Bambergs
Austraße 14 • 96047 Bamberg • Tel.: (0951) 50 99 399

Logos for aqua bio, primover, OCONA, and WELCA.

Ihr Spezialist für erneuerbare Energie!
seit 1990

- Individuelle Lösungen für
- Photovoltaik
- Kraftwärmekopplung
- Ökologische Heizungen ...

EBITSCH
energietechnik

Bamberger Str. 50 • 96199 Zapfendorf
Telefon 0 95 47 / 87 05 0
Telefax 0 95 47 / 87 05 20
www.ebitsch-energietechnik.de

Wird der Volkspark dem Spitzensport geopfert?

Ein Ausbau des Volksparkstadions für die neue Regionalliga würde die Kosten verdoppeln und ein Denkmal zerstören.

Nachdem für die Brose-Baskets die Jako-Arena gebaut wurde – mit Unterstützung der Stadt in Höhe von mehreren Millionen Euro, nachdem ein Hallenbadneubau am Stadion geplant ist – mit maximaler Schwimmsport-Ausstattung für 30 Millionen Euro, steht nun auch noch der regionalligataugliche Ausbau des Volksparkstadions zur Debatte – wieder mit Kosten in Millionenhöhe. Es wäre zum wiederholten Male eine Investition, die weit über das Maß einer sportlichen Grundversorgung der Bevölkerung hinausgeht.

Die Sanierung der Sportstätte am Ende der Pöddorfer Straße stand seit langem auf der Tagesordnung, zögerte sich aber hin, weil die Stadt sich angesichts knapper Kassen ihre Ausgaben wohl überlegen muss. 2,8 Millionen Euro veranschlagte

en nach den vorliegenden Planungen nicht erfüllt. Die FC-Eintrachtler forderten mit verbüßender Selbstverständlichkeit von der Stadt, nun die Planungen anzupassen und mehr zu investieren. Wie sich herausstellte, würde das die Kosten der Sanierung beinahe verdoppeln, auf 4,5 Millionen Euro! Und die Mehrkosten beziehen sich ausschließlich auf ganz „Unsportliches“, wie etwa die Beleuchtung, Absperrungen, Sicherheitsmaßnahmen, Tribünenbefestigung usw.

Tatsachen wurden verschleiert

Dass die FC-Spitze hier unfair spielte, zeigt ein Blick ins Internet. Wie sich auf den DFB-Seiten leicht nachlesen lässt, wurde die neue Regionalliga bereits im Dezember 2006 beschlos-

sen. Pressemitteilungen des DFB beweisen das Gegenteil.

Denkmal ist gefährdet

Bei 2,7 Millionen Euro Mehrkosten würde es wohl nicht einmal bleiben. Die Denkmalpflege hat bereits signalisiert, dass durch die geforderten zusätzlichen Baumaßnahmen das Einzeldenkmal Volksparkstadion derart beeinträchtigt würde, dass Fördergelder zurückzahlen wären. Zudem würde vermutlich der gesamte Volkspark seinen Denkmalcharakter verlieren, so dass auch weitere Sanierungsmaßnahmen auf dem Gelände keine Zuschüsse mehr bekämen.

Doch der FC Eintracht, der seine Regionalliga-Spiele vorerst in Weismain abhält, fordert weiterhin einen Ausbau des Bamberger Stadions für sei-



Die neu sanierte Tribüne neben den historischen Zuschauerstufen im Volksparkstadion Photo: sys

man für das Volksparkstadion, das – wie der Name schon sagt – dem Volkssport dienen soll: BürgerInnen, Vereine, Jugendgruppen, Schulsport.

Doch kaum hatte man das Konzept fertig, die Förderzusagen in der Tasche und die ersten Aufträge vergeben, meldete sich einer der Hauptnutzer des Stadions zu Wort: der 1. FC Eintracht Bamberg. Es werde vom Deutschen Fußballbund eine neue Regionalliga eingeführt, für die sich der FC Eintracht bewerben wolle. Die habe „überraschend“ neue Vorgaben und Sicherheitsbestimmungen für die Fußball-Stadien der Liga-Teilnehmer – und die sei-

sen. Die genauen Bestimmungen wurden fünf Tage vor der Sitzung des Bausenats, der den Startschuss für die Sanierung gab (im April 2007), übers Internet und die üblichen DFB-Kanäle verkündet. Doch sogar SPD-Fraktionsvorsitzender Heinz Kuntke, als FC-Eintracht-Vorstand und Stadtrat von beiden Seiten in die Entwicklung involviert, schlug nicht rechtzeitig Alarm, sondern gab sich blauäugig und wollte davon nichts mitbekommen haben. Auch im Rathaus-Journal wurde die Legende verbreitet, vor Baubeginn im Juli 2007 sei von den neuen Regionalliga-Richtlinien nichts bekannt gewesen.

ne Zwecke und rennt im Rathaus augenscheinlich offene Türen ein. Oberbürgermeister Starke (SPD) – übrigens Bruder des Trainers der FC-Regionalligamannschaft – und Bürgermeister Hipelius (CSU) stellten für die Haushaltsberatungen im Dezember schon mal in Aussicht, dass die Regionalligatauglichkeit finanziert wird. Damit wäre ein für den Volkssport angelegtes Stadion auf die Nutzung durch den Fußball-Spitzensport getrimmt. Millionenfach würden erneut Gelder der Sportförderung in Hochleistungssparten gepusht, die dann anderswo – beim Breitensport – fehlen. Man denke nur an das seit Jahren sanierungsbedürftige und in seinen Ansprüchen sehr viel bescheidenere Gaustadter Sportzentrum.

Spitzensport ist völlig okay, aber nicht unbedingt Aufgabe der öffentlichen Hand. Eine Eigenbeteiligung des FC, dessen Sportfolge sich ja auch wirtschaftlich niederschlagen, sowie ein Sponsorenkonzept fehlen bislang völlig. Auch um eine Beteiligung der Region hat man sich bisher nicht bemüht. Mehr Sportsgeist bei der Finanzierung wäre also angebracht.

Impressum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Petra Friedrich (fripe), Herbert Mackert, Sylvia Schaible (sys), Ursula Sowa (us), Peter Zorn (petzo)

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777, gaz@gal.bamberg.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Svenja Fluhrer, Andreas Lösche, Isabel Schmuck

Photos: Bund Naturschutz, Kopfwerk, Sylvia Schaible, Erich Weiß, Peter Zorn
Karikatur: Christiane Pfohlmann
Gestaltung und Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg
Druck: Obermain Tagblatt, Lichtentfels

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 20.000
Nr. 72 / September 2008

99Zeuse was Sie im FT nicht lesen können

Was Sie im FT nicht lesen können ... ist mitunter interessanter, als das zu Lesen. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die 99Z ab und zu ihre Fußnoten dazu macht. Hier zwei 99Zeuse-Nachträge zur Wahlkampfberichterstattung des FT im Vorfeld der Kommunalwahlen vom März 2008.

FT-Fußnote 1)

„Allianz für freien Sonntag“ wurde ausgebremst

Im vergangenen Jahr gründete sich in Bamberg eine „Allianz für den freien Sonntag“ – ein Zusammenschluss von gewerkschaftlichen und kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen. Motivation war die auch im Bamberger Stadtrat immer wieder diskutierte Forderung nach verkaufsoffenen Sonntagen, der sich diese Verbände mit gemeinsamen Kräften widersetzen wollten. Im Wahlkampf stellte die Allianz alle StadtratskandidatInnen auf den Prüfstand und forderte sie auf, Stellung zu beziehen. Das Motto „Wer den Sonntag nicht ehrt, ist unserer Stimme nicht wert!“ prangte einige Zeit als Banner an der Martinskirche und sollte öffentlich Druck machen.

Die Bamberger Lokalzeitung griff die politische Stellungnahme der Allianz jedoch eher unwillig auf. Über die aufwändige und von einer beachtlich breiten Front getragene Aktion (von KAB bis DGB)

wurde zwar mit Foto berichtet, allerdings nahm die Hälfte der textlichen Berichterstattung die Gegenreaktion der FDP ein, die ihre Argumente in einer spontanen Pressemitteilung zusammengefasst hatte.

Die Allianz-Mitglieder waren verständlicherweise enttäuscht über dieses Missverhältnis und bekräftigten ihr Anliegen daraufhin noch durch zahlreiche Leserbriefe einzelner VerbandsvertreterInnen. Doch davon druckte die FT-Redaktion keinen einzigen. Dafür durfte ein anderer „Leserbriefschreiber“ mit harscher Kritik an der Allianz nachlegen: Er sprach kirchlichen Organisationen das Recht ab, auf die Politik Einfluss zu nehmen, und verglich die Banner-Aktion an der Martinskirche mit dem Judenboykott der Nazis und „Ausländer raus“-Parolen der NPD. Der Leserbrief stammte (so im FT vom 1.3.08 zu lesen) von

einem „Sebastian Macht, Am Torhaus 15, 96047 Bamberg“. Eine solche Adresse gibt es jedoch in Bamberg nicht, was jedem Ortskundigen auf den ersten Blick auffällt, und auch ein Mann dieses Namens ist weder im Adress- noch im Telefonbuch zu finden – ein Lapsus der Redaktion?

Wiederum waren die Allianz-AktivistInnen „not amused“ – zumal auch ein Artikel über die unter den StadtratskandidatInnen veranstaltete Umfrage zum „freien Sonntag“ erst nach der Wahl erschien. In einem Brief an den Herausgeber des Fränkischen Tags, der der 99Z vorliegt, stellten sie im März ihre Kritikpunkte dar und baten um ein Gespräch, mit dem Ziel, die Sache zu klären und eine künftig gute Zusammenarbeit zu gewährleisten. Der Brief wurde von der FT-Geschäftsleitung bis dato nicht beantwortet.

FT-Fußnote 2)

FT ignoriert protestantenfreie Zone auf der CSU-Liste

Eine durchaus interessante Nachricht hat der FT während des Wahlkampfes ebenfalls zielsicher umschiffen – diesmal durch komplette Nichtbeachtung. Das Evangelische Bildungswerk EBW hatte zu einer Diskussion eingeladen: Evangelische StadtratskandidatInnen sollten sich mit dem Thema „Evangelische Kirche und Kommunalpolitik“ auseinandersetzen. Bei der Organisation trat – angeblich auch zur Überraschung des CSU-Kreisvorsitzenden Dr. Helmut Müller – die Tatsache zutage, dass unter den 44 Stadtratskandidaten auf der Liste der Christlich(!)-Sozialen Union CSU kein einziges evangelisches Kirchenmitglied zu finden war.

Diese Peinlichkeit war wohl eine der amüsantesten „Hast scho g'hort“-Meldungen im ganzen Wahlkampf. Doch die Nachricht blieb weitgehend auf die politisch aktive Szene begrenzt, denn der FT ersparte kurzerhand die Neuigkeit seiner Leserschaft – und damit die Schmach der CSU. Die Diskussion des EBW fand zwar statt – mit Alt-Stadtrat Dr. Egg als CSU-Vertreter, der diesmal nicht mehr kandidieren durfte –, aber der FT schickte keine MitarbeiterInnen zur Berichterstattung. Daraufhin verfassten die Veranstalter eine eigene Pressemitteilung, die vom FT jedoch nie abgedruckt wurde. Und auch sonst erwähnte die Lokalzeitung zu keinem Zeitpunkt die protes-

tantenfreie Zone auf der Stadtratsliste mit dem „C“ im Namen.

Mit anderen kirchlichen Veranstaltungen war man da viel großzügiger. Die (katholische) Gemeinde St. Gangolf veranstaltete ebenfalls eine Diskussionsrunde mit StadtratskandidatInnen aller Listen. Die ehrenvolle Aufgabe, die CSU dort zu repräsentieren, hatte Dr. Christian Lange übernommen. Und diesmal wurde auch im FT ausführlich über den Diskussionsabend berichtet – halbseitig und mit Bild. Die Berichterstattung übernahm der FT sogar selbst und schickte eine eigene Mitarbeiterin zu dem Termin – übrigens die Ehefrau des CSU-Vertreters.

99Z-Fußnoten-Fazit: FT-Lektüre ist wie löchriger Käse. Empfehlung: 99Z lesen – Lücken füllen!

sys

Termine

Freitag, 5. September 2008, 19 Uhr:

„Über Wasser“ (drei Filmgeschichten über die existentielle Bedeutung des Wassers, von Udo Maurer) danach Diskussion mit dem grünen Reinhard Loske Lichtspiel-Kino

9. bis 18. September 2008: grüne Litfaßsäule am Bahnhof

Donnerstag, 11. September 2008, 19.30 Uhr:

Info-Veranstaltung und Diskussionsabend mit Uwe Britten zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, Gaststätte Spezial, Obere Königstraße

Freitag, 12. September

2008: MdL Toni Hofreiter in Bamberg und Staffelbach

Donnerstag, 18. September 2008, 19.30 Uhr:

GAL-Plenum Gaststätte Spezial, Obere Königstr. 10, Nebenzimmer

18. September 2008, 19 Uhr:

Podiumsdiskussion des Stadtjugendrings mit den LandtagskandidatInnen Gaustadter Hauptstr. 44